

# Bilanz 2022

---

Politische Erfolge

60 Jahre

WERTE  
WOHLSTAND  
ZUSAMMENHALT





# Bilanz des Wirtschaftsrates 2022

## Die zentralen politischen Erfolge

Zu Beginn des Jahres 2022 erlebte Europa einen Schockmoment, der uns nicht nur ökonomisch ein Stück aus den Angeln gehoben hat. Das Gefühl von Frieden und Freiheit ist bedroht, die ökonomischen Unsicherheiten sind auf allen Ebenen zu spüren. Zugleich mussten wir schmerzlich erfahren, dass Wirtschaft zunehmend auch als außenpolitisches Instrument genutzt wird.

Die politische Arbeit des Wirtschaftsrates konzentrierte sich 2022 folglich darauf, für einen europäischen Ansatz zu werben, um die Resilienz der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu stärken und die starke Position in den Zukunftsindustrien und Schlüsseltechnologien zu erhalten. Um die festgesetzten Klimaschutzziele zu erreichen, sind wir etwa auf Technologien und Innovationen angewiesen, Ideologien führen uns nicht weiter. Auch das war eine der zentralen Botschaften des Jahres.

Gerade in Deutschland braucht es eine Energiepolitik, die sich an einem technologisch verfügbaren Angebot orientiert und nicht an parteipolitischen Dogmen – auch weil sich Deutschlands Volkswirtschaft in einem technologischen Umbruch befindet. Den nötigen Strukturwandel mit regulatorischen Erleichterungen zu forcieren und vor allem auch zu finanzieren ist herausfordernd. Wir brauchen daher zum Beispiel auch mehr privates Kapital und vor allem eine integrierte Kapitalmarktunion in Europa; Schulden sind nicht die Lösung.

Die Schuldenbremse sowie der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt sind die Garanten dafür, dass alle europäischen Volkswirtschaften in der EU in Zukunft handlungsfähig bleiben. Solide Staatsfinanzen dürfen aber nicht durch eine generöse Sozialpolitik verspielt werden. Die sozialen Sicherungssysteme dürfen nicht überlastet und müssen demografiefest gemacht werden und die Befähigung eines jeden Einzelnen zum Ziel haben; das deutsche Bürgergeld schleift diesen eigenverantwortlichen Ansatz. Letztendlich braucht es eine starke europäische Wirtschaftsunion, die dem internationalen Systemwettbewerb entgegentreten kann.

Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und Unternehmertum sind die Erfolgsgaranten, um diese vor uns stehenden Aufgaben schnellstmöglich zu lösen. Diese Grundüberzeugungen haben wir, Ihr Wirtschaftsrat, mit aller Kraft in die Europa-, in die Bundes- und auch Landespolitik getragen!

Damit dieser Auftrag auch weiterhin – gerade mit Blick auf die dringend notwendige Begleitung der Vorhaben der amtierenden Bundesregierung – erfolgreich gelingt, bitten wir gerade auch im vor uns liegenden Jahr um die Mitwirkung jedes Einzelnen. Bringen Sie sich in den Wirtschaftsrat ein und tragen Sie dazu bei, dass Deutschland eine gute Zukunft hat. Ihr Engagement zählt!

Berlin, im Januar 2023

Astrid Hamker  
Präsidentin

Wolfgang Steiger  
Generalsekretär



„Auch in schwierigen Zeiten muss die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft gehört werden. Der Wirtschaftsrat ist der Garant dafür.“

**Friedrich Merz MdB**  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,  
Vorsitzender der CDU Deutschlands

## 1. Energie und Energieeffizienz

### Marktwirtschaftliche Mechanismen verankert

Wie wohl kein anderes Jahr war das abgelaufene Jahr 2022 geprägt von einer gefährdeten Versorgungssicherheit und in der Folge explodierenden Energiepreisen. Folglich fühlt sich der Wirtschaftsrat in den Bereichen der Energie- und Energieeffizienzpolitik gefordert und brachte mit klarer Sprache seine Empfehlungen ein. Zentrale Forderungen des Wirtschaftsrates konnten sich innerhalb der amtierenden Bundesregierung durchsetzen:

- Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke,
- Nutzung sämtlicher Energieträger zur Bewältigung der Energiekrise,
- schneller Aufbau von LNG-Terminals,
- Abfederung der hohen Energiepreise auch für die Industrie,
- Absage an staatliche Preissetzungen,
- Abschaffung der EEG-Umlage,
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren zur Nutzung der erneuerbaren Energien.

Auch im Jahr 2023 wird sich der Wirtschaftsrat für eine Energieerzeugung mit allen technischen Mitteln einsetzen. Der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken bleibt wesentlich für die Stabilisierung der Stromversorgung. Die Gaspreise werden mindestens mittelfristig hoch bleiben.



„Die Politik darf die Wirtschaft nicht überfordern. Als Kind einer Unternehmerfamilie weiß ich: Unternehmer brauchen vor allem Freiheit und damit Handlungsspielraum. Meine tiefste Überzeugung ist, dass zur Freiheit auch immer Verantwortung gehört. Ich weiß, beim Wirtschaftsrat laufe ich damit offene Türen ein.“

**Julia Klöckner MdB**  
Wirtschaftspolitische Sprecherin  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,  
Schatzmeisterin der CDU Deutschlands,  
Bundesministerin a.D.

Damit ist absehbar, dass sich Planungen, die den Ausbau von Gaskraftwerken als Brücke in die dekarbonisierte Zeit angesehen haben, nicht erfüllen werden. Der Wirtschaftsrat wird sich daher weiterhin dafür einsetzen, Kohlekraftwerke mit der Abspeisung von CO<sub>2</sub> (CCS) zu ertüchtigen. Auch wird sich der Wirtschaftsrat dafür stark machen, die Förderung heimischer Gasvorkommen durch Fracking zu ermöglichen. Genehmigungsverfahren bremsen den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter aus, auch hier wird der Wirtschaftsrat auf allen Ebenen für eine Beschleunigung durch Vereinfachung eintreten.

Im Bereich Energieeffizienz wird sich der Wirtschaftsrat dafür einsetzen, dass keine Scheuklappen bei der Wärmeerzeugung und Nutzung entstehen. Eine reine Elektrifizierung des Wärmemarktes wird nicht funktionieren. Deswegen treten wir für gleichberechtigte Förderung aller Technologien ein, die auf CO<sub>2</sub>-neutrale oder -arme Weise Wärme nutzbar machen. Das Förderwesen muss vereinfacht werden und wieder kompatibel für den sozialen Wohnungsbau werden.

## 2. Klimaschutz und Rohstoffversorgung

### Ausbau der Wasserstoffproduktion und Kreislaufwirtschaft vorangetrieben

In verschiedenen Initiativen hat der Wirtschaftsrat den Einklang von Klima- und Umweltschutz mit Versorgungssicherheit und wirtschaftlichem Erfolg auf die Tagesordnung gesetzt. In der Arbeit der Bundesarbeitsgruppe Rohstoffpolitik etwa wurde der strategische Dreiklang aus Import, Kreislaufwirtschaft und Nutzung heimischer Rohstoffvorkommen thematisch abgebildet. Die Arbeitsgruppe hat außerdem eine Diskussionsgrundlage zur Modifizierung der EU-Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle erarbeitet. Folgende Empfehlungen des Wirtschaftsrates für dieses Politikfeld wurden aufgegriffen:

- Gas- und Atomkraft sind Teil der EU-Taxonomie für nachhaltige Aktivitäten.
- Die Förderung von Wasserstoffproduktion wird ausgebaut.
- Der EU-Ministerrat hat die EU-Kommission aufgefordert, Möglichkeiten einer klimaneutralen Nutzung von Verbrennungsmotoren nach 2035 zu ermöglichen.
- Die Position des Wirtschaftsrates bezüglich der effizienten Rohstofflagerhaltung in unternehmerischer Eigenverantwortung fand Aufnahme in das Jahresgutachten des Sachverständigenrates der Bundesregierung.



Die Zielvorgabe zur Dekarbonisierung bis 2050 ist klar. Über den Weg dahin wird weiter gerungen. Der Wirtschaftsrat wird sich auch 2023 für den Hochlauf der Wasserstoffproduktion in allen Farben einsetzen, er wird die bürokratischen Bremsklötze beim Ausbau der erneuerbaren Energien adressieren sowie marktwirtschaftliche Instrumente einfordern und ausarbeiten. Das klimapolitische Ordnungsrecht wird vom Wirtschaftsrat auch im kommenden Jahr unter der Maxime, „so viel wie nötig, so wenig wie möglich“, behandelt. Nur Technologieoffenheit bringt die besten Ergebnisse. Besondere Aufmerksamkeit in der Arbeit des Wirtschaftsrates wird daher der Europäische Green Deal erfahren. Die damit verbundenen Beschlüsse stellen die Weichen für Europas Industrie.

### 3. Infrastruktur

#### Empfehlungen zur Entschlackung von Planungs- und Genehmigungsverfahren erfolgreich eingebracht

Steigende Zinsen und Inflationsraten, Lieferengpässe bei Baumaterialien und Technik, aus dem Ruder laufende Energiepreise und ein unübersehbarer Fachkräftemangel setzen der Bauwirtschaft bereits spürbar zu. Als hausgemachte Kostentreiber gelten indes immer neue Bauauflagen und -standards – sowohl im Tief- als auch im Hochbau. Vor diesem Hintergrund machte sich der Wirtschaftsrat für schlankere Verfahren und einen Abbau von Regulierungen stark und forderte, die umgesetzten Beschleunigungsansätze bei der Windkraft oder den LNG-Terminals als Blaupause für alle Infrastrukturprojekte zu nutzen.

Von den konkreten Empfehlungen haben in aktuell laufende Gesetzgebungsvorhaben der amtierenden Bundesregierung Eingang gefunden:

- Das in der Corona-Pandemie eingeführte Online-Beteiligungsverfahren wird, wie empfohlen, fortgeführt.
- Für einzelne Verfahrensgegenstände in Planungs- und Genehmigungsverfahren ist die vom Wirtschaftsrat bereits seit langem geforderte Stichtagsregelung nun im Gespräch.
- Eingebracht werden konnte zudem der angeratene Verzicht auf Planfeststellung bei Ersatzneubauten.
- Die vorgeschlagene Gutachtendatenbank und ein Umweltdatenkataster wurden aufgegriffen. Beide werden Mehrfachuntersuchungen der Flora und Fauna verhindern.



*„Die Soziale Marktwirtschaft ist ein deutsches Erfolgsmodell. Der Wirtschaftsrat steht dafür, dass es so bleibt. Gerade in Krisen müssen wir für uns auf unsere Erfolgs-Prinzipien besinnen.“*

**Jens Spahn MdB**

Stellvertretender Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesminister a.D.

- Eingeführt werden soll auch die empfohlene Bagatellschwelle bei Umweltverträglichkeitsprüfungen.
- Angeraten worden war zudem, Nutzungsänderungen im Bestand sowie zusätzliche Baurechte im Siedlungsbereich leichter zu ermöglichen. Das soll nun im Zuge einer umfassenden Novellierung des Baugesetzbuches umgesetzt werden.

Auch 2023 wird sich der Wirtschaftsrat engagiert für schlankere und effektivere Verwaltungsverfahren einsetzen. Genehmigungsverfahren müssen weiter gestrafft und Baurecht schneller geschaffen werden, etwa durch mehr Standardisierung und das Setzen verbindlicher Fristen zur Antragsbescheidung. Zur dringend benötigten Beschleunigung des Wohnungsbaus wird der Wirtschaftsrat zum Beispiel auf eine bundesweit einheitliche, rechtsverbindliche Musterbauordnung als Master für die Gesetzgebung in den Ländern drängen.

### 4. Steuern und Finanzen

#### Handlungsoptionen erarbeitet, Empfehlungen platziert

Das steuer- und haushaltspolitische Jahr 2022 war geprägt durch die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine und die damit verbundenen milliardenschweren Hilfspakete zur Abmilderung der gestiegenen Energiepreise. Trotz dieser Unterstützungsmaßnahmen hat die Bundesregierung es verpasst, den Liquiditätshebel im Bereich des Steuerrechts zu betätigen und transformationsunterstützende Investitionen durch wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu



*„Beim Wirtschaftsrat fühlt man sich als Freier Demokrat willkommen, weil wir viele Grundüberzeugungen teilen.“*

**Christian Lindner MdB**

Bundesminister der Finanzen und Bundesvorsitzender der FDP



*„Wenn es den Wirtschaftsrat nicht schon geben würde, wo es um das wirtschaftliche Überleben der Unternehmen geht, wäre es dies die richtige Zeit, ihn zu gründen.“*

**Christian Freiherr von Stetten MdB**  
Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand und mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ermöglichen. Umso erfreulicher ist es, dass es dem Wirtschaftsrat im aktuellen Umfeld gelungen ist, steuerrechtliche Handlungsoptionen in den Strategien und Gesetzgebungsverfahren der Bundesregierung unterzubringen:

- **Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen:** Die Empfehlungen für eine durchdringende Unternehmenssteuerreform wurden sowohl vom Bundesfinanzministerium in dem Strategiepapier „Finanzpolitik in der Zeitenwende – Wachstum stärken und inflationäre Impulse vermeiden“ als auch vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in dem Strategiepapier „Chinapolitische Leitlinien“ aufgenommen. Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit einer Unternehmenssteuerreform in den Empfehlungen der Bundesausschüsse unterstrichen.
- **Unterstützungsmaßnahmen für rohstoffintensive Unternehmen:** Bereits im Jahr 2020 hat der Steuerbereich gemeinsam mit dem Energiebereich ein Konzept erarbeitet, das die steuerlichen Vorschriften für Rohstoffunternehmen bei der Vorratsbewertung verbessert und einen sofortigen Betriebsausgabenabzug ermöglicht – die sogenannte Rohstoffbevorratungsrücklage. Dieses Konzept wurde im Jahresgutachten 2022/2023 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aufgenommen.
- **Liquiditätssicherung:** Aktuell lassen sich immer deutlichere Anzeichen einer aufkommenden Liquiditätskrise beobachten. Diese Entwicklung droht sich 2023 massiv zu verschärfen. Um den Unternehmen weitere Liquidität zur Verfügung zu stellen, hat



*„Ich denke, dass es für den Wirtschaftsrat eine gute Nachricht ist, wenn Nachdenken, Streiten über Wirtschaftspolitik und eine Debatte über die richtige Organisation von Marktwirtschaft wieder einen höheren Stellenwert bekommt. So lösen wir Probleme.“*

**Dr. Robert Habeck MdB**  
Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

der Wirtschaftsrat der Politik empfohlen, eine pauschale Herabsetzung der Steuervorauszahlungen zu ermöglichen. Diese Empfehlung gipfelte in einem BMF-Schreiben zur Berücksichtigung der gestiegenen Energiekosten als Folge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine.

Auch in Zukunft wird es notwendig sein, dass der Wirtschaftsrat die Gesetzgebung im Bereich Steuern und Finanzen eng begleitet, so dass etwa die zeitliche Ausweitung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten auf mindestens die drei vorangegangenen Veranlagungszeiträume ausgeweitet wird, die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für den privaten Vermögensaufbau verbessert, Freibeträge und -grenzen indexiert und insgesamt auf weitere Belastungen verzichtet wird. Insbesondere die Bürokratie der geplanten Anzeigepflicht für nationale Steuergestaltungen steht in keinem Verhältnis mit dem Nutzen einer solchen Regelung, so dass sich der Wirtschaftsrat für den Verzicht der Anzeigepflicht einsetzen wird. Auch wird die überfällige Reform der Unternehmensbesteuerung auf unserer Agenda stehen. In diesem Zusammenhang wird sich der Wirtschaftsrat nicht zuletzt für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags und für die schnellstmögliche Rückkehr zu einer nachhaltigen und transparenten Haushaltspolitik einsetzen.

## 5. Finanzmarkt und Währung

### Strategien gegen Inflation und eine expansive Schuldenpolitik eingebracht

Das Jahr 2022 wird als das Jahr mit den höchsten Inflationsraten seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland in die Geschichtsbücher eingehen. Die Inflationsraten sind jedoch keinesfalls kurzfristig oder gar überraschend auftretende Effekte, sondern die Folge einer bewussten Politik, die aller Mahnungen zum Trotz, Fehlinterpretationen und daraus abgeleitete Handlungsweisen nicht korrigieren wollte. Umso irritierender war es, dass in der Politik die Ansicht vertreten wurde, die Inflation sei das Ergebnis vorübergehender Sonderfaktoren und würde lediglich durch den Ukraine-Krieg etwas länger anhalten. Dabei hatte sich die Inflation bereits zuvor wie ein Lauffeuer ihren Weg durch die Brieftaschen der Bürgerinnen und Bürger gebahnt. Der Ukraine-Krieg ist also nicht die Brandursache, sondern der Brandbeschleuniger, der die bereits vorhandenen Effekte weiter verstärkt. Denn aufgrund der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und dem kontinuierlichen Absenken des Zinsniveaus waren die EU-Staaten dazu verleitet worden, einer ungezügelter Schuldenpolitik nachzugehen, ohne die langfristigen Effekte zu beachten.



Als Stimme der stabilitätsorientierten Ordnungspolitik vermochte der Wirtschaftsrat in diesem schwierigen Umfeld wichtige Impulse zu setzen:

- **EU-Stabilitätspakt:** Mit aller Kraft stemmte sich der Wirtschaftsrat viel beachtet gegen eine Verwässerung der Maastricht-Kriterien.
- **Inflation und Haushaltspolitik:** Die Mahnung des Wirtschaftsrates zur Einhaltung der Schuldenbremse in Verbindung mit einer stabilen Geldpolitik fand Eingang in das Strategiepapier „Finanzpolitik in der Zeitenwende – Wachstum stärken und inflationäre Impulse vermeiden“ des Bundesfinanzministeriums.
- **Geldpolitik und Zinswende:** Daneben trat der Wirtschaftsrat mit Nachdruck für ein Ende der geldpolitischen Scheinwelt ein. Denn die Wette der EU-Staaten auf ewig niedrige Zinsen ist riskant und fahrlässig und hat den Anschein von Wohlstand hervorgerufen, da sich Unternehmer und Konsumenten zu sehr niedrigen Preisen verschulden und finanzieren konnten.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen sehr eindrucksvoll, dass der Weg über billiges Notenbankgeld und hohe Staatschulden zu keinem Zeitpunkt nachhaltig war und die EU-Mitgliedsstaaten nun vor historischen Herausforderungen stehen, die nur durch durchdringende Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen gemeistert werden können. Hier wird der Wirtschaftsrat konkrete Vorschläge zur Konsolidierung einbringen. Zugleich werden wir uns dafür stark machen, dass Europa ein wirtschaftliches Kraft- und Innovationszentrum bleibt, dessen riesige Potentiale nicht durch überbordende Regulierung gerade im Bereich der Finanzmarktpolitik abgewürgt werden.

## 6. Außenwirtschaft

### Für Freihandel und gegen Protektionismus gekämpft

Die Dynamik in der Weltpolitik sorgt derzeit für Verwerfungen in der Handelspolitik, und die europäische Wirtschaft wird von mehreren Seiten attackiert. Der Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine wirft einen langen Schatten und lässt viele Unternehmen umdenken. Lieferketten und Produktionsstandorte werden geprüft und hinterfragt. Gleichzeitig wirft die neue Chinapolitik der Bundesregierung mehr Fragen auf, als sie im Kern beantwortet. Die USA und die EU zeigen klare protektionistische Tendenzen in ihrer Handelspolitik auf. Nearshoring und Diversifikation sind Schlagworte, mit denen dieses Spannungsfeld abgeschwächt werden soll. Die Exportnation Deutschland ist dabei im besonderen Maße von einer stabilen Geopolitik abhängig. Ein vollständiger Bruch



*„Der Wirtschaftsrat ist der meinungsstarke Partner, der der Politik immer wieder wichtige Impulse gibt.“*

**Ursula von der Leyen**  
Präsidentin der Europäischen Kommission,  
Bundesministerin a.D.

mit der Volksrepublik China, ein Subventionswettkampf mit den USA und Stagnation in den Außenbeziehungen können nicht in unserem Interesse sein.

- Der Wirtschaftsrat hat sich mit der Arbeit seines Internationalen Kreises und seinem Außenhandelstag sehr engagiert gegen diese Trends gestellt und für Freihandel und Kooperation eingesetzt. Das CETA-Abkommen ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Wir benötigen die Renaissance des globalen Freihandels, insbesondere mit unseren transatlantischen Verbündeten.

Die EU ist das Fundament des deutschen und kontinentalen Wohlstandes. Trotz mehrerer Krisen hält die EU weiter stringent an ihrem Arbeitsprogramm fest und erhöhte zum Teil sogar regulatorische Zielvorgaben für die Wirtschaft. Angespannte Lieferketten, hohe Energiepreise und eine wirtschaftlich schwierige Situation verlangen Firmen bereits sehr viel ab. Während Wirtschaftsregionen wie Asien und Nordamerika insbesondere ausländische Unternehmen mit attraktiven Standortbedingungen anzulocken versuchen, macht die EU heimischen Unternehmen das Leben mit weiteren Auflagen noch schwerer.

- In unzähligen Formaten sowie öffentlichen Veranstaltungen hat der Wirtschaftsrat gegenüber ranghohen EU-Entscheidungsträgern die vielfachen Belastungen für Unternehmen thematisiert. Dank dieser Anstrengungen konnte unter anderem eine Neuauflage der europäischen Chemikalienregulierungen (REACH) oder auch die Taxonomie für Rüstungsunternehmen (sog. Braune Taxonomie) verhindert werden. Die EU muss dafür sorgen, dass Europa ein investitionsfreundlicher



*„Mit unserer Programm- und Grundsatzkommission möchten wir als CDU fünf bis zehn gute Kernpunkte liefern, die Aufbruch und Erneuerung vermitteln, und die uns klar von anderen Parteien unterscheiden. Ein Kernstück ist sicherlich die Soziale Marktwirtschaft. Ich freue mich, dass der Wirtschaftsrat sich ebenfalls sehr eindrücklich für die Belange der Sozialen Marktwirtschaft einsetzt.“*

**Dr. Carsten Linnemann MdB**  
Stellvertretender Parteivorsitzender  
und Leiter der Programm- und  
Grundsatzkommission der CDU Deutschlands



*„Wir dürfen in Deutschland nicht nur diskutieren, wir müssen Entscheidungen treffen. Sonst drohen wir Vertrauen zu verlieren.“*

**Dr. Wolfgang Schäuble MdB**

Präsident des Deutschen Bundestages a.D.,  
Bundesminister a.D.

Wirtschaftsraum bleibt. Innovationen müssen verstärkt in Europa geschehen. Hierfür braucht es attraktive Rahmenbedingungen: günstige Energiepreise und einen voll funktionierenden Binnenmarkt. Dieser Mission nimmt sich der Wirtschaftsrat auch 2023 an.

Europa muss vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine handlungsfähiger werden und ein starker außen- und sicherheitspolitischer Akteur und Partner sein. Aber Partnerschaft bedeutet auch Lastenteilung.

- Der Wirtschaftsrat hat sich hier für eine stärkere Verantwortungsübernahme durch Deutschland und die konsequente Einhaltung der versprochenen „Zeitenwende“ eingesetzt. Aktuell liegt der Stand zur Umsetzung des 100 Milliarden Euro starken Sondervermögens zur Ertüchtigung der Landes- und Bündnisverteidigung noch weit hinter den Erwartungen zurück. Wichtig sind daher die zügige Beschaffung dringend benötigter Ausrüstungsgüter und die nachhaltige Finanzierung der Bundeswehr. Die zentrale Forderung des Wirtschaftsrates: Die heimische Rüstungswirtschaft und ihre Innovationskraft müssen wieder stärker in das Blickfeld der Politik rücken. Es braucht zudem Investitionen in neue Technologien, um die Resilienz gegenüber äußeren Bedrohungen zu erhöhen.

## 7. Digitalisierung

### Technologische Souveränität gestärkt

Im Umfeld besorgniserregender Inflation und sich abzeichnender Rezession hat der Wirtschaftsrat immer wieder die Bedeutung von Innovationen für eine ange-



*„Die FDP hat sich erfolgreich für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke eingesetzt. In dieser zentralen politischen Forderung in der Energiekrise hat der Wirtschaftsrat uns in Presse und Öffentlichkeit deutlich sichtbar unterstützt. Es ist wichtig, dass sich die Wirtschaft mit einer starken Stimme für die für ihre Arbeit wichtigen Rahmenbedingungen einsetzt.“*

**Bijan Djir-Sarai MdB**

Generalsekretär der FDP

botsorientierte Wirtschaftspolitik deutlich gemacht. So stand beim diesjährigen Wirtschaftstag der Innovationen wieder die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft im Mittelpunkt. Der Wirtschaftsrat betonte dabei, dass die Größe des europäischen Binnenmarktes und die Chancen einer europäischen Kapitalmarktunion maßgebliche Rahmenbedingungen für die Innovationsstärke und damit die Zukunftsfähigkeit unserer Volkswirtschaft sind. Zugleich hat das Jahr 2022 noch einmal besonders die Bedeutung von Cybersicherheit und technologischer Souveränität vor Augen geführt. Schon seit langem hat der Wirtschaftsrat auf die zunehmend hybride Bedrohungslage für das privatwirtschaftliche und öffentliche Umfeld in Deutschland hingewiesen.

Auf Basis der Expertise seiner digitalpolitischen Fachgremien brachte sich der Wirtschaftsrat kontinuierlich in entsprechende Legislativvorhaben ein. Die wesentlichen Ergebnisse im Bereich der Digitalpolitik:

- Im Zuge der Überarbeitung der Richtlinie zur Gewährleistung einer hohen Netzwerk- und Informationssicherheit (sog. NIS-Richtlinie) wurde darauf gedrungen, dass bereits etablierte Sicherheitsstandards von Unternehmen nicht außer Acht gelassen und Anforderungen über die NIS-Novelle nicht undifferenziert erhöht wurden.
- Beim Vorschlag für ein EU-Datengesetz (EU Data Act) wurde erfolgreich implementiert, dass Regeln und Bestimmungen von Industriedaten nunmehr klarer und eindeutig nachvollziehbar zu definieren sind. Ziel muss der Aufbau eines wettbewerbsfähigen Ökosystems für Industriedaten sein.
- Erreicht werden konnte ferner, dass bei allen neuen Gesetzen ein Digitalisierungsscheck Einzug erhält, mit dem Gesetzesvorgaben künftig auch in Algorithmen überführbar werden.
- In die Gigabitstrategie der Bundesregierung ist die dringende Empfehlung des Wirtschaftsrates eingeflossen, eigenwirtschaftlichem Gigabitausbau Vorrang vor staatlicher Förderung zu geben, ebenso schnellere Genehmigungs- und Umsetzungsprozesse möglich zu machen.

Zwingend erforderlich bleibt, dass die verschiedenen Initiativen der Bundesregierung – insbesondere die Digital- und die Cybersicherheitsstrategie – oder auch der Europäischen Kommission – allen voran der Data Act, der AI Act oder der Digital Markets Act – aufeinander abgestimmt und konsistent umgesetzt werden. Darauf wird der Wirtschaftsrat auch 2023 dringen.



## 8. Künstliche Intelligenz

### Ökosystem für Schlüsseltechnologien der Zukunft verbessert

Auch 2022 hat sich der Wirtschaftsrat sehr intensiv des IT-Mittelstands angenommen, aktuelle Herausforderungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) analysiert und konkrete Ansatzpunkte für Verbesserungen und schnelle Ergebnisse für den Digitalstandort Deutschland herausgearbeitet. Ein besonderer Fokus lag dabei auf der Forschung im Bereich Künstlicher Intelligenz (KI), bei der Deutschland als international führend gilt.

Erfolgreich eingesetzt hat sich der Wirtschaftsrat dafür, dass

- die Stärken des deutschen IT-Mittelstands in wettbewerbsfähige und auch international skalierbare Geschäftsmodelle übersetzt werden können;
- Kooperationen zwischen KMU und Großunternehmen von staatlicher Seite gefördert werden;
- Leuchtturmprojekte im deutschen KI-Ökosystem mehr Aufmerksamkeit erlangen, die Einsatzhürden und -hebel für KI-Anwendungsmöglichkeiten in der Praxis identifiziert und idealerweise auch behoben werden;
- im Kontext des europäischen Rechtsrahmens für KI die Aufmerksamkeit für europäische Grundwerte einerseits und für konkrete Nutzwerte andererseits weiter gestärkt werden;
- innovative Start-ups und insbesondere Mittelstandsbeispiele stärker mit in die öffentliche Diskussion eingebracht werden, um so niedrigschwelligen Pilotprojekten und „erlebbar“ KI-Lösungen, die häufig eher branchenintern oder lediglich regional bekannt sind, eine breitere Plattform zu bieten.

Künstliche Intelligenz ist eine Schlüsseltechnologie für die europäische Wirtschaft, deren enormes Wertschöpfungspotential auch den Wohlstand künftiger Generationen sichert. Vor diesem Hintergrund wird der Wirtschaftsrat die noch ins Jahr 2023 reichenden Beratungen für ein europäisches KI-Gesetz, den AI Act, begleiten. Wichtig dabei wird sein, dass der markt- und produktorientierte Ansatz der Europäischen Kommission beim AI Act für einen international wettbewerbsfähigen Umgang mit KI steht. In der KI-Gesetzgebung selbst muss bei der Frage der Technologienutzung zwischen Industrie- und Verbraucheranwendungen unterschieden werden.

Ein weiteres Ziel wird sein, in Europa ein KI-Ökosystem ohne gravierende staatliche Eingriffe zu entwickeln. Der Fokus muss auf den Chancen und nicht auf den Risiken



*„Der Wirtschaftsrat steht für Diskussionskultur, für das offene Wort jenseits modischer Sprechblasen. Und einen klaren ordnungspolitischen Kompass sowie für vernünftige Lösungen, die den Menschen dienen. Ich glaube, das muss der Geist sein, in dem wir so große Herausforderungen wie den Klimawandel stemmen.“*

**Nicola Beer MdEP**

Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

dieser Technologie liegen. Zugleich gilt es, auch hier einen Flickenteppich aus nationalen Regulierungen zu verhindern und Datenzugang mit Datensicherheit in Balance zu bringen.

## 9. Arbeit

### „Fördern und Fordern“ als Kern der Hartz-Reformen erfolgreich verteidigt!

Auch auf Druck des Wirtschaftsrates hin hat sich die Union im Vermittlungsausschuss von Bundestag sowie Bundesrat durchgesetzt und das Grundprinzip des „Förderns und Forderns“ als Kern der Hartz-Reformen erhalten. Die von den Ampelparteien mit dem sogenannten „Bürgergeld“ ursprünglich vorgesehene kräftige Anhebung des Schonvermögens wie auch der weitgehende Verzicht auf Sanktionen hätten gegen den erforderlichen Vorrang von Eigenanstrengungen gegenüber einer Inanspruchnahme der Solidargemeinschaft verstoßen.

Der zunächst vom Bundestag mit der Mehrheit der Ampelparteien verabschiedete Gesetzentwurf zum „Bürgergeld“ war ein klarer Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip. Dieses besagt, dass die Solidargemeinschaft nur herangezogen werden darf, wenn sich der Einzelne in einer Notlage nicht selbst helfen kann. Doch nach den Vorstellungen von SPD, Grünen und FDP sollte der fleißige Steuerzahler selbst dann für das „Bürgergeld“ in Anspruch genommen werden, wenn Transferempfänger über ein mitunter sechstelliges Vermögen verfügen oder



*„Ich komme immer gerne zum Wirtschaftsrat. Der Wirtschaftsrat ist eine Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, in einer Zeit, in der das ganze Land nach Orientierung sucht. Umso wichtiger scheint es mir, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder in Erinnerung zu rufen.“*

**Michael Theurer MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr



*„Danke an den Wirtschaftsrat für seine aktive Begleitung unserer politischen Entscheidungen. Es ist sehr wohltuend, dass der politische Horizont des Wirtschaftsrats nicht an den deutschen Grenzen endet, sondern immer auch unsere Nachbarn in Europa, die EU und die gesamte weltwirtschaftliche Realität mit im Blick hat. Das steht uns als weltoffener Exportnation gut an.“*

**Daniel Caspary MdB**  
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe  
im Europäischen Parlament

sich völlig unkooperativ gegenüber einer Arbeitsvermittlung zeigen. Diesen krassen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip hat die Union im Bundesrat zu Recht gestoppt.

Absurd war insbesondere, dass „Bürgergeld“-Empfänger nach den Ampel-Plänen in den ersten sechs Monaten des Transferbezugs die Anweisungen des Jobcenters ungestraft hätten ignorieren können. Dabei belegen alle Studien, dass die Chancen zur Vermittlung in Arbeit für Menschen, die frisch in die Arbeitslosigkeit gerutscht sind, am besten stehen. Haben sich dagegen erst einmal ein Schlendrian in der Kooperation mit den Jobcentern wie auch die Arbeitslosigkeit verfestigt, wird die Rückkehr in Beschäftigung immer schwieriger. Umso wichtiger ist es, dass im nun gefundenen Kompromiss zur Arbeitslosengeld II-Reform die Sanktionsmöglichkeiten für unkooperative Transferempfänger erhalten bleiben.

Zudem wurde mit der Gesetzesnovelle eine langjährige Forderung des Wirtschaftsrates umgesetzt: Hartz IV-Empfängern verbleibt künftig mehr von ihrem Hinzuverdienst, insbesondere, wenn sie sich Vollzeitarbeit nähern. Auch diese Verbesserung entspricht dem Leitmotiv des „Förderns und Forderns“: Wer sich nach Kräften be-



*„Dem Wirtschaftsrat ist klar bewusst, dass Soziale Marktwirtschaft nur funktioniert, wenn Sicherheit in ihren vier Dimensionen äußere wie innere Sicherheit, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und soziale Sicherheit selbstbewusst vertreten wird. Er hat Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf Europa klar adressiert und wertvolle Diskussionsimpulse für das notwendige Umdenken in der Wirtschaft im Rahmen der Zeitenwende gegeben.“*

**Roderich Kiesewetter MdB**  
Obmann für Außenpolitik im  
Auswärtigen Ausschuss, Fachsprecher für  
Krisenprävention und Stellv. Vorsitzender  
des Parlamentarischen Kontrollgremiums  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

müht, seine Hilfsbedürftigkeit zu überwinden, wird durch die neuen Hinzuverdienstregeln künftig mehr von seiner Erwerbsarbeit profitieren.

Auch im Jahr 2023 wird der Wirtschaftsrat für eine Stärkung der Arbeitsanreize, gegen die von der Bundesregierung geplante Errichtung neuer Beschäftigungshürden und für flexible, aufnahmefähige Arbeitsmärkte kämpfen. Vorrangig sind die Rücknahme der Einschränkungen für die Zeitarbeit, mehr Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn, eine Fokussierung auf die wöchentliche anstelle der täglichen Höchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz, die Entschlackung der Betriebsstättenverordnung sowie Sparsamkeit beim Arbeitslosenbeitrag anstelle teurer, wirkungsloser Arbeitsmarktprogramme. Diese Weichenstellungen lindern auch den Arbeitskräftemangel und sind unter anderem durch eine Erleichterung qualifizierter Zuwanderung zu flankieren.

## 10. Gesundheit

### Medizinische Versorgung während neuer Krisen gesichert

Eine moderne und funktionsfähige medizinische Versorgung ist die Grundlage für ein starkes Gesundheitssystem. Dabei muss eine solide und nachhaltige Finanzierung sichergestellt werden, um immer neuen Herausforderungen, wie beispielsweise der Corona-Pandemie oder dem demografischen Wandel, begegnen zu können. Gerade in der Digitalisierung des Gesundheitswesens steckt noch viel Potenzial, wobei vor allem die Akzeptanz für digitale Gesundheitsanwendungen gesteigert werden muss. Auch die flächendeckende Nutzung von Daten zur Verbesserung der medizinischen Behandlung muss rechtssicher und konform mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) anwendbar sein. Im Jahr 2022 waren die Bundesfachkommissionen Gesundheitswirtschaft und Digital Health, die Bundesarbeitsgruppen Krankenhaus und Pflege sowie die Task-Force Medizinische Versorgungszentren und Rehabilitation des Wirtschaftsrates wichtige gesundheitspolitische Impulsgeber. Folgende Punkte konnten sie in die gesundheitspolitische Debatte einbringen:

- Endlich wurde die Notwendigkeit des „Opt-out“-Prinzips für die elektronische Patientenakte erkannt und somit ein zentraler Schritt in Richtung digitale Gesundheitsversorgung in Deutschland gemacht. Damit wurden die Weichen für die Entfaltung der Potenziale der elektronischen Patientenakte gestellt. Jetzt muss der Nutzen für den Patienten in den Vordergrund rücken und die praktische Anwendung digitaler Angebote verstärkt stattfinden. Auch die



Digitalisierung der Krankenhäuser wurde durch das beschlossene Investitionsprogramm im Krankenhaus-zukunftsgesetz vorangetrieben.

- Es gilt die medizinische Verbesserung der Gesundheitsversorgung durch eine DSGVO-konforme und rechtssichere Datennutzung zu gewährleisten. Nur so können neue Therapieverfahren erforscht und die Wettbewerbsfähigkeit des Innovationsstandortes Deutschland nachhaltig gestärkt werden.
- Neue Krisen haben gezeigt, wie anfällig unsere kritische Infrastruktur sein kann. Der Wirtschaftsrat hat sich daher früh für die kurzfristige finanzielle Unterstützung aller Gesundheitseinrichtungen eingesetzt, aber auch für eine gesetzliche Lösung des Inflationsausgleichs plädiert. Ohne eine finanzielle Entlastung der Einrichtungen droht vielen davon nicht nur die Insolvenz, sondern auch der Sicherstellungsauftrag kann nicht mehr dauerhaft gewährleistet werden.
- Die Mehrheit der Akteure im Gesundheitswesen ist mit dem Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung, dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, unzufrieden. Bundeszuschüsse, Geld auf Pump und einschneidende finanzielle Aderlässe sind kurzfristige Maßnahmen, die nicht die Lösung des Problems sein können. Stattdessen müssen Fehlallokationen des Gesundheitssystems offengelegt und bereinigt werden, um das System effizienter und nachhaltiger zu gestalten. Gleichzeitig braucht es endlich eine zielgerichtete Reform, die alle Stakeholder in einer konstruktiven Debatte einbezieht. Der Wirtschaftsrat wird alles daran setzen, die zukünftige Finanzierung des Gesundheitswesens langfristig zu sichern. Dabei müssen wieder stärker Eigenverantwortung und private Vorsorge im Vordergrund stehen.

Auch 2023 wird der Wirtschaftsrat die Gesetzgebung im Gesundheitswesen aktiv begleiten. Im Fokus stehen dabei unter anderem dringend notwendige Reformen im Krankenhauswesen und der Pflege sowie die Ausgestaltung einer generationengerechten und nachhaltigen Finanzierung des gesamten Gesundheitswesens. Auch die Fortschreibung der digitalen Anwendungen, wie etwa der elektronischen Patientenakte oder des elektronischen Rezepts, werden wir forcieren.



*„Ich freue mich sehr, dass der Wirtschaftsrat mich eingeladen und das Thema ‚Europa im Wettbewerb der Wirtschaftsräume‘ gewählt hat. Denn über die kurzfristig in der Politik aufschlagenden Herausforderungen darf die Zukunft nicht vergessen werden. Wir müssen diese Krise nutzen, um durch die Türen, die sich öffnen, auch zu gehen.“*

**Bettina Stark-Watzinger MdB**  
Bundesministerin für Bildung und Forschung

## 11. Ernährung

### Resilienz des Versorgungssystems gestärkt

Bislang bedurfte es in Deutschland nicht mehr als 14 Prozent eines monatlichen Durchschnittseinkommens, um die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Das hat sich geändert. Störungen der Lieferketten, eine Verteuerung wichtiger Agrarrohstoffe, aus dem Ruder laufende Energie- und damit Produktionskosten – haben die Verbraucherpreise steigen lassen. Zusätzlich lasten zunehmende politische Reglementierungen immer stärker auf der unternehmerischen Souveränität der Lebensmittelhersteller und damit der Möglichkeit wettbewerbsfähig und auch erfolgreich zu wirtschaften.

In diesem schwierigen Umfeld vermochte es der Wirtschaftsrat mit seiner Bundesfachkommission Handel, Ernährung, Verbraucherschutz für die Branchenunternehmen seine Handschrift zu hinterlassen:

- In Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der realen Bedrohungslage von Engpässen in der Getreideversorgung hat sich die Bundesfachkommission für die Aufhebung der Vorrangflächen von vier Prozent der Ackerflächen eingesetzt.
- Besonders geworben wurde zudem dafür, dass nun die gesamte Ernährungswirtschaft im Notfallplan Gasversorgung unter Schutz gestellt worden ist.



*„Durch eine gute Vernetzung ist es für Start-Up-Unternehmen leichter, gegenüber Politik und öffentlicher Verwaltung mit einer starken Stimme aufzutreten und mit etablierten Unternehmern in den Wettbewerb zu treten. Der Wirtschaftsrat ist für diese Vernetzung eine gute Plattform.“*

**Thomas Jarzombek MdB**  
Sprecher Bildung und Forschung  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*„Ein konstruktiver Dialog zwischen allen Akteuren des Gesundheitswesens ist für die Reformierung des Systems von besonderer Wichtigkeit. In unserem demokratischen System braucht politische Arbeit den Austausch mit Praktikern. Daher greife ich gerne auf die Plattform des Wirtschaftsrates zurück.“*

**Kordula Schulz-Asche MdB**  
Pflegepolitische Sprecherin  
Bündnis90/DieGrünen-Bundestagsfraktion

- Vermittelt hat die Bundesfachkommission in die Politik den Ansatz, dass eine verpflichtende Abgabe von unverkauften Lebensmitteln einen unnötigen bürokratischen Aufwand erzeugen und Spenden hemmen würde.
- Erfolgreich gestemmt hat sich die Bundesfachkommission gegen die Pläne der Bundesumweltministerin, die Hersteller im Rahmen des geplanten staatlichen Einwegkunststofffonds für die kommunale Müllentsorgung zahlen zu lassen.

Der Wirtschaftsrat wird sich mit seiner Ernährungskommission auch 2023 dafür einsetzen, dass staatliche Einschränkungen und Verbote abgewendet werden, sodass marktwirtschaftliche Freiräume und faire Wettbewerbsbedingungen erhalten bleiben. Nur so können Ernährungswirtschaft und Lebensmitteleinzelhandel in Zeiten der Krise und Inflation ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.

## 12. Einzelhandel

### Für Entlastung der Branchenunternehmen eingesetzt

Bereits die Corona-Pandemie hatte viele Einzelhändler gezwungen, Liquiditäts- wie Eigenkapitalreserven oftmals restlos einzusetzen. Nunmehr kommen massive Kostensteigerungen, vor allem im Bereich der Energiepreise hinzu – bei gleichzeitig spürbarer Kaufzurückhaltung in Folge der anziehenden Inflation. In dieser weiterhin äußerst herausfordernden Situation galt es, jede



*„2009 bin ich erstmals für die FDP in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Höchste Zeit, dass ich 2022 endlich dem Wirtschaftsrat beigetreten bin!“*

**Stephan Thomae MdB**  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
der FDP-Bundestagsfraktion

zusätzliche, vor allem vermeidbare bürokratische Belastung abzuwehren.

Auf Basis der Expertise der Bundesfachkommission Handel und Konsumgüter konnten entsprechende politische Entscheidungen flankiert werden:

- In intensiven Gesprächen rund um die Neufassung des Infektionsschutzgesetzes wurde erfolgreich darauf gedrungen, dass bundesweite Lockdowns künftig ausgeschlossen sind.
- Mit ebenfalls großem Nachdruck verwendete sich die Bundesfachkommission im Zuge der Einführung einer Strom- und Gasbremse für deren branchenoffene Ausgestaltung und eine Unterscheidung zwischen Normal- und Großverbrauchern.
- Intensiv geworben wurde zugleich für die erfolgte Verlängerung der Kurzarbeiterregelung. Das Kurzarbeitergeld hat sich in der Corona-Pandemie als extrem wirkungsstarkes Instrument erwiesen, um Fachkräfte zu halten und Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit zu bewahren.
- Angemahnt wurde in gleicher Weise die schließlich vollzogene Verlängerung der Corona-Überbrückungshilfen. Auf Kritik indes stießen die hohen Zugangshürden mit Umsatzeinbußen von 30 Prozent. In finanzielle Schieflage geraten Handelsunternehmen aufgrund oftmals niedriger Margen bereits weitaus früher.
- Eingesetzt hatte sich die Bundesfachkommission zudem für die vollzogene Fristverlängerung zur Einreichung der Grundsteuererklärung. Die hochkomplexe Steuererklärung stellt gerade für Unternehmen mit vielen wirtschaftlichen Einheiten aufgrund der geforderten Datenermittlung, etwa hinsichtlich Bruttogrundflächen oder baulicher Veränderungen, einen enormen Aufwand dar.

Auch das Jahr 2023 wird ganz im Zeichen der Stärkung des stationären Einzelhandels stehen. Zu diskutieren sind hier steuerpolitische Weichenstellungen, aber auch regulatorische Erleichterungen, etwa Lockerungen des Ladenschlussgesetzes oder auch Vereinfachungen von Auflagen für Ladengeschäfte im Bau- und Ordnungsrecht. Damit der stationäre Handel gerade in der digitalen Transformation handlungsfähig bleibt, wird sich der Wirtschaftsrat in besonderer Weise für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen stationärem und Online-Handel einsetzen.

## Präsidium



### PRÄSIDENTIN

#### Astrid Hamker

Gesellschafterin und Mitglied des Beirates Piepenbrock Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG



### VIZEPRÄSIDENTIN

#### Bettina Würth

Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe Adolf Würth GmbH & Co. KG



### VIZEPRÄSIDENT

#### Dr. Karsten Wildberger

CEO  
CECONOMY AG



### SCHATZMEISTER

#### Prof. Hans Helmut Schetter

Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender  
Wohnbau GmbH



#### Paul Bauwens-Adenauer

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Bauwens GmbH & Co. KG



#### Dr. Nikolaus Breuel

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Karl-J. Kraus & Partner GmbH



#### Sabine Christiansen

Geschäftsführerin  
TV21 GmbH



#### Dr. Hugo Fiege

Gesellschafter  
Fiege Logistik  
Holding Stiftung & Co. KG



#### Dr. Jürgen M. Geißinger

Mitglied des Aufsichtsrates  
MTU Aero Engines AG



#### Kai Hankeln

Konzerngeschäftsführer CEO  
Asklepios Kliniken  
GmbH & Co. KGaA



#### Renata Jungo Brüngger

Mitglied des Vorstandes  
Integrität und Recht  
Mercedes-Benz Group AG



#### Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch

Ministerpräsident a.D.  
Vorsitzender der Ludwig-  
Erhard-Stiftung



#### Matthäus Niewodniczanski

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Bitburger Holding GmbH



#### Joachim Rudolf

Geschäftsführer  
Rudolf Lichtwerbung GmbH



#### Thomas Saueressig

Mitglied des Vorstands  
der SAP SE  
SAP Product Engineering  
SAP SE



#### Dr. Stefan Schulte

Vorsitzender des Vorstandes  
Fraport AG



#### Christian Sewing

Vorsitzender des Vorstandes  
Deutsche Bank AG



#### Wolfgang Steiger

Generalsekretär  
Wirtschaftsrat der CDU e.V.



#### Christian Freiherr von Stetten MdB

Vorsitzender Parlamentskreis  
Mittelstand, Mittelstands-  
politischer Sprecher der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



## Bundesvorstand

Neben den Mitgliedern des Präsidiums gehören dem Bundesvorstand an:

### Angela Aicher

CMO/ Unternehmenskommunikation  
Max Aicher GmbH & Co. KG

### Steffen Beck

Rechtsanwalt/FA  
für Insolvenzrecht  
Geschäftsführender  
Gesellschafter  
PLUTA Rechtsanwalts GmbH

### Frank Becker

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Salzenbrodt GmbH & Co. KG

### Dr. Ulrich Bittihn

Mitglied des Aufsichtsrates  
Nagel-Group Verwaltungs-SE

### Christina Block

Mitglied des Aufsichtsrates  
Eugen Block Holding GmbH  
(Block Gruppe)

### Dr. Christian von Boetticher

### Thomas Brahm

Vorstandsvorsitzender  
Debeka Versicherungsgruppe

### Dr. Peter Davids

Vorsitzender der  
Geschäftsführung  
Deusa International GmbH

### Maria Dietz

Mitglied des Verwaltungsrats  
GFT Technologies SE

### Jan-Christian Dreesen

Stellv. Vorstandsvorsitzender  
FC Bayern München AG

### Dr. Albert Dürr

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Wolff & Müller Holding  
GmbH & Co. KG

### Nurten Erdogan

COO/CFO  
Société Générale S.A.  
Frankfurt Branch

### Uwe Fröhlich

Co-Vorstandsvorsitzender  
DZ BANK AG  
Deutsche Zentral-  
Genossenschaftsbank

### Alexander Geiß

Inhaber und Geschäftsführer  
Stall Geiß GbR, Geiß Energy  
und Agrargesellschaft  
(bis 21.09.2022)

### Thies G.J. Goldberg

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Goldberg Consulting GmbH

### Corinna Grajetzky

Leiterin der EU-Repräsentanz  
RWE AG

### Dr. Frank Hiller

Karl Friedrich  
Fürst von Hohenzollern  
Unternehmensgruppe  
Fürst von Hohenzollern

### Marius-Quintus Jäger

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Arnold Jäger Holding GmbH

### Dr. Marianne Janik

Vorsitzende der Geschäftsführung  
Microsoft Deutschland GmbH

### Petra Justenhoven

Sprecherin der  
Geschäftsführung  
PwC Deutschland & PwC Europe

### Dirk Kappenhagen

Bundesgeschäftsführer  
Wirtschaftsrat der CDU e.V.

### Stephan Karl

Geschäftsführer  
Tetra Pak GmbH

### Dr. Johannes F. Kirchhoff

Managing Partner  
KIRCHHOFF Group

### Susanne Klöß-Braekler

Vorsitzende des Aufsichtsrates  
ING Deutschland

### Sebastian Koepfel

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
beckers bester GmbH

### Mihajlo Kolakovic

Inhaber  
Kolakovic & Partner  
Personalberatung

### Rüdiger Kuhn

Vorstandsvorsitzender/VP  
Materials Central Europe  
CEMEX Deutschland AG

### Prof. Dr. Stefan Liebing

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Conjuncta GmbH

### Andreas Mau

Geschäftsführer/Partner  
MÖHRLE HAPP LUTHER  
Partnerschaft mbH

### Philipp Meyer

Gesellschafter und  
Geschäftsführer  
Meyer Consulting GmbH & Co. KG

### Dr. Andreas Möller

Leiter Unternehmenskommunikation und Politik  
TRUMPF SE + Co. KG

### Dr. Michael Moeskes

Rechtsanwalt  
anwälte.am dom

### Jörg Müller-Arnecke

Geschäftsführer  
Velum Verwaltungs GmbH

### Hildegard Müller

Präsidentin, Verband der  
Automobilindustrie e.V. (VDA)

### Florian Rentsch

Vorsitzender des Vorstandes  
Verband der Sparda-Banken e.V.

### Dr. Franz J. Ruder

Managing Director  
Underberg AG

### Joachim Rumstadt

### Dieter Schmidt

Vorstand  
HEGEMANN-REINERS AG

### Dr. Joachim Freiherr von Schorlemer

Berater des Vorstands  
ING-DiBa AG

### Dr. Dirk Schröter

Geschäftsführer  
Personal/Arbeitsdirektor  
MIBRAG Mitteldeutsche  
Braunkohlengesellschaft mbH

### Sven Schulz

Vorsitzender der  
Geschäftsführung  
Schulz Group GmbH

### Oliver Schwegmann

CEO/Vorstand  
Berentzen Gruppe AG

### Detlev Seeliger

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
MOCOM GmbH

### Prof. Dr. Kristina Sinemus

Staatsministerin  
Hessisches Ministerium  
für Digitale Strategie  
und Entwicklung

### Rene S. Spiegelberger

Stiftungsgründer  
Spiegelberger Stiftung

### Johannes-Georg Voll

Rechtsanwalt

### Dr. Peter Wende

Partner  
CMS Hasche Sigle  
Partnerschaft von  
Rechtsanwälten  
Steuerberater mbB

### Hans-Ullrich Werner

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
MAVEG mbH

### Thomas Wolff

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
wolfcraft GmbH

### David Zimmer

Geschäftsführer  
Kalodion GmbH

### Dr. Reinhard Christian Zinkann

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Miele & Cie. KG

### Dr. Marc Zoellner

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Accumulatorenwerke Hoppecke  
Carl Zoellner & Sohn GmbH

## Gäste aus dem Jungen Wirtschaftsrat

### Caroline Bosbach

Bundesvorsitzende Junger Wirtschaftsrat

### Ferdinand Herfeldt

Geschäftsführender Gesellschafter  
Anytime Invest GmbH, Stellv. Bundesvorsitzender Junger Wirtschaftsrat

### Jesse Jeng

Geschäftsführer  
SCALEHOUSE Capital Management GmbH

### Christian P. Krohne

Referent Public Affairs, TMF – Technologie- und Methodenplattform für die vernetzte medizinische Forschung e.V.

### Karl-Christian Lauk

CEO & Managing Director  
Studydrive GmbH, Stellv. Bundesvorsitzender Junger Wirtschaftsrat

### Sine Sprätz

Head of Investment & Capex  
Airbus Operations GmbH



## Bundesfachkommissionen

### Beirat Familienunternehmen



**VORSITZ**  
**Bettina Würth**  
Vorsitzende des Beirates  
der Würth-Gruppe  
Adolf Würth GmbH & Co. KG

**STELLV. VORSITZ**  
**Bonita Grupp**  
Leiterin E-Commerce und Personal  
TRIGEMA Inh. W. Grupp e.K.

**Dr. Tim Kannewurf**  
Vorstandsmitglied / CAO  
Schnellecke Group AG & Co. KG

**Jan-Hendrik Goldbeck**  
Geschäftsführender Gesellschafter  
GOLDBECK GmbH

■ Referent:  
Eric Woydte

### Industriebeirat



**VORSITZ**  
**Michael Frick**  
CFO  
ZF Friedrichshafen AG

**STELLV. VORSITZ**  
**Dr. Erik Eschen**  
CEO  
Vacuumschmelze GmbH & Co. KG

■ Bereichsleiter:  
Dr. Michael Garmer

### Wissenschaftlicher Beirat



**VORSITZ**  
**Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld**  
Vorsitzender des  
Sachverständigenrates a.D.  
Direktor Walter Eucken Institut e.V.

■ Referent:  
Tuna Akarsu

### Beirat Zukunft Europa



**VORSITZ**  
**Prof. Dr. Axel A. Weber**  
Bundesbankpräsident a.D.  
Präsident Center of Financial Studies  
Goethe-Universität

### Internationaler Kreis



**VORSITZ**  
**Dr. Jürgen M. Geißinger**  
Mitglied des Aufsichtsrates  
MTU Aero Engines

**STELLV. VORSITZ**  
**Simone Menne**  
Präsidentin  
American Chamber of Commerce  
in Germany e.V.

### Innovationsforum



**VORSITZ**  
**Petra Justenhoven**  
Sprecherin der Geschäftsführung  
PwC Deutschland & PwC Europe

■ Bereichsleiter:  
Christophe Darley



## Bau, Immobilien, Smart Cities



**VORSITZ**  
**Lars von Lackum**  
CEO  
LEG Immobilien SE

**STELLV. VORSITZ**  
**Dr. Claus Lehner**  
Vorsitzender der Geschäftsführung  
Dawonia Real Estate GmbH & Co. KG

■ Bereichsleiter:  
Thomas Friesecke

## Energieeffizienz



**VORSITZ**  
**Dr. Marc Andree Groos**  
Geschäftsführer  
Vaillant GmbH

**STELLV. VORSITZ**  
**Jörg A. Gerdes**  
Geschäftsführender Gesellschafter  
CLAGE GmbH

**Ingo Alphéus**  
CEO  
Elevion GmbH

■ Referent:  
Robert Schoder

## Arbeitsmarkt und Alterssicherung



**VORSITZ**  
**Hans Joachim Reinke**  
Vorstandsvorsitzender  
Union Asset Management Holding AG

**STELLV. VORSITZ**  
**Manfred Bauer**  
Mitglied des Vorstandes  
MLP SE

**Jörg Mühning**  
Vorsitzender des Vorstandes  
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

**Dr. Volker Priebe**  
Mitglied des Vorstandes  
Allianz Lebensversicherungs-AG

**Jan Ole Schneider**  
CFO DACH-Region  
Randstad Deutschland GmbH & Co. KG

■ Mitglied der Geschäftsleitung:  
Dr. Holger Fricke

## Digital Health



**VORSITZ**  
**Dr. Frank Wartenberg**  
President Central Europe  
IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG

**STELLV. VORSITZ**  
**Annabritta Biederbick**  
Mitglied der Vorstände  
Debeka Versicherungsgruppe

**Bernd Christoph Meisheit**  
Geschäftsführer  
Sana IT Services GmbH

**Dr. Eckart Pech**  
Geschäftsführender Direktor  
CompuGroup Medical SE & Co. KGaA

■ Referent:  
Florian Döring

## Energiepolitik



**VORSITZ**  
**Patrick Lammers**  
Mitglied des Vorstandes  
E.ON SE

**STELLV. VORSITZ**  
**Stephan Frense**  
CEO - Geschäftsführer  
ARGE Netz GmbH & Co. KG

**Dr. Michael Strugl**  
Vorsitzender des Vorstandes  
Verbund AG

■ Bereichsleiter:  
Dr. Michael Garmer

## Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik



**VORSITZ**  
**Lutz Diederichs**  
Chairman of the Group  
Management Board Germany  
BNP Paribas Group

**STELLV. VORSITZ**  
**Dr. Reinhard Krafft**  
CEO  
Merck Finck A Quintet  
Private Bank

■ Fachgebietsleiter:  
David Martens



## Handel und Konsumgüter



### VORSITZ

#### Christoph Werner

Vorsitzender der Geschäftsführung  
dm-drogerie markt GmbH + Co. KG

### STELLV. VORSITZ

#### Dr. Sven Bernhardt

Chief Customer & Digital Officer  
Peek & Cloppenburg KG

#### Robert Heinemann

Managing Director  
ECE Group Services GmbH & Co. KG

#### ■ Bereichsleiter:

Thomas Frießecke

## Internet und Digitale Wirtschaft



### VORSITZ

#### Florian Roth

Chief Digital & Information Officer  
SAP SE

### STELLV. VORSITZ

#### Tanja Böhm

Mitglied der Geschäftsleitung  
Microsoft Deutschland GmbH

#### Werner Rieche

Managing Director Germany  
Open Text Software GmbH

#### ■ Bereichsleiter:

Christophe Darley

## Gesundheitswirtschaft



### VORSITZ

#### Kai Hankeln

Konzerngeschäftsführer CEO  
Asklepios Kliniken  
GmbH & Co. KGaA

### STELLV. VORSITZ

#### Rainer Berthan

Vorstandsvorsitzender  
Bauerfeind AG

#### Dr. Hans-Christian Wirtz

Mitglied der Geschäftsführung  
DePuySynthes  
Johnson & Johnson Medical GmbH

#### ■ Fachgebietsleiter:

Markus Schäfer

## Handel, Ernährung, Verbraucherschutz



### VORSITZ

#### Christoph Pohl

Vorstand  
Einkauf International  
Lidl Stiftung & Co. KG

### STELLV. VORSITZ

#### Marc-Aurel Boersch

Vorstandsvorsitzender  
Nestlé Deutschland AG

#### Markus Mosa

Vorstandsvorsitzender  
EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG

#### ■ Referent:

Tilman Bartsch

## Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0



### VORSITZ

#### Markus Rolf Ochsner

Vorsitzender des Vorstandes  
ABB Deutschland

### STELLV. VORSITZ

#### Rainer Hundsdörfer

Beiratsvorsitzender  
Marquardtgruppe

#### Karsten Neugebauer

Gründer und CEO  
G2K Group GmbH

#### Walter Dopplmair

Geschäftsführer  
Autodesk GmbH

#### ■ Bereichsleiter:

Christophe Darley

## Steuern



### VORSITZ

#### Mathias Oberndörfer

Vorstand Tax & Law  
KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

### STELLV. VORSITZ

#### Ralf Chalupnik

Direktor Steuerpolitik  
Allianz SE

#### Dr. Achim Dannecker

Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner  
Gleiss Lutz

#### Frank W. Grube

Steuerberater/Partner  
Pape + Rahn PartG mbB  
Steuerberatungsgesellschaft

#### ■ Fachgebietsleiter:

David Martens



## Bundesfachkommissionen

### Umwelt- und Klimapolitik



**VORSITZ**

**Detlev Wösten**

Chief Sustainability Officer  
H&R GmbH & Co. KGaA

**STELLV. VORSITZ**

**Dr. Armin Eichholz**

Vorsitzender der Geschäftsführung  
MIBRAG Mitteldeutsche  
Braunkohlengesellschaft mbH

**Philipp Schlüter**

Vorsitzender des Vorstands CEO  
TRIMET Aluminium SE

Referent:

Robert Schoder

### Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0



**VORSITZ**

**Dr. Werner Kook**

Chief Representative  
RETHMANN SE & Co. KG,  
Member of the Board of Directors  
Transdev Group S.A.

**STELLV. VORSITZ**

**Frank M. Schmid**

Geschäftsführer  
Schmid Mobility Solutions GmbH

**Jörg Rösler**

Mitglied des Vorstands  
STRABAG AG

Referent:

Thomas Friesecke

## Bundesarbeitsgruppen

### Cybersicherheit



**VORSITZ**

**Prof. Timo Kob**

Gründer und Vorstand  
HiSolutions AG

**STELLV. VORSITZ**

**Paul Kaffsack**

Geschäftsführer  
Myra Security GmbH

**Uwe Probst**

Managing Partner  
Deloitte GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Referent:

Andreas Barke

### Energie für Mobilität



**VORSITZ**

**Dr. Frank Hiller**

**STELLV. VORSITZ**

**Thomas Korn**

Geschäftsführer  
KEYOU GmbH

**Frederick Beckmann**

Geschäftsführer  
Q1 Energie AG

Referent:

Eric Woydte

### Digital Finance



**VORSITZ**

**Karl Matthäus Schmidt**

Vorstandsvorsitzender  
Quirin Privatbank AG

**STELLV. VORSITZ**

**Frank Niehage**

CEO/Vorsitzender des Vorstands  
flatexDEGIRO AG

Referent:

Tuna Akarsu



## Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik



**VORSITZ**  
**Marco R. Fuchs**  
 CEO  
 OHB SE

**STELLV. VORSITZ**  
**Ralf Alexander Ketzler**  
 CEO  
 Krauss-Maffei Wegmann  
 GmbH & Co. KG

**Alexander Reinhardt**  
 Vorstandsbeauftragter für Politik- und Regierungsangelegenheiten  
 Airbus

Referent:  
 Landesgeschäftsführer:  
 Marco Hahnfeld

## Gigabit-Gesellschaft



**VORSITZ**  
**Michael Jungwirth**  
 Mitglied der Geschäftsleitung  
 Vodafone GmbH

Referent:  
 Andreas Barke

## Moderne Verwaltung und Bürokratieabbau



**VORSITZ**  
**Marc Reinhardt**  
 Mitglied der Geschäftsleitung  
 Global Industry Leader Public  
 Sector & Health  
 Capgemini Deutschland GmbH

**STELLV. VORSITZ**  
**Christian Bertmann**  
 Managing Director  
 Accenture GmbH

Referent:  
 Florian Döring

## Krankenhausreform



**VORSITZ**  
**Michael Dieckmann**  
 CDO und Mitglied des Vorstandes  
 AMEOS Gruppe

**STELLV. VORSITZ**  
**Dr. Matthias Bühler**  
 Vorstandsvorsitzender  
 BühlerHealthCare AG

**Franzel Simon**  
 Regionalgeschäftsführer Nord  
 Helios Kliniken GmbH

Fachgebietsleiter:  
 Markus Schäfer

## Mehr Privat für einen starken Staat



**VORSITZ**  
**Erhard Weimann**  
 Staatssekretär a.D.  
 EGW Strategie-Beratung

**STELLV. VORSITZ**  
**Dr. Dirk Quermann**  
 Geschäftsführer  
 Merkur Sports & Gaming GmbH

**Sebastian Blohm**  
 Aufsichtsrat  
 Lotto24 AG

Bevollmächtigter  
 des Generalsekretärs:  
 Dr. Rainer Gerding



## Pflege



### VORSITZ

**Thomas Flotow**  
Geschäftsführer  
PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG  
GmbH

### STELLV. VORSITZ

**Dr. Erik Hamann**  
CEO  
Orpea Deutschland GmbH

**Andreas Mörsberger**  
Sprecher des Vorstandes  
Johannesstift Diakonie gAG

**Jasmin Arbabian-Vogel**  
Geschäftsführende Gesellschafterin  
Interkultureller Sozialdienst GmbH

■ Fachgebietsleiter:  
Markus Schäfer

## Rohstoffpolitik



### VORSITZ

**Volker Backs**  
Geschäftsführer und Arbeitsdirektor  
Speira GmbH

### STELLV. VORSITZ

**Thomas Maier**  
Geschäftsführender Gesellschafter  
MAIREC Edelmetallgesellschaft mbH

■ Referent:  
Eric Woydte

## Startups



### VORSITZ

**Stephanie Renda**  
Gründerin/Geschäftsführerin  
Moinland,  
Stellv. Vorsitzende  
Beirat Junge Digitale Wirtschaft  
beim Bundesministerium  
für Wirtschaft und Klimaschutz

### STELLV. VORSITZ

**Dominik Burziwoda**  
Managing Director & Founder  
Perfood GmbH

**Stefan Drüssler**  
Geschäftsführer/COO  
UnternehmerTUM GmbH

■ Referent:  
Florian Döring

## Private Altersvorsorge



### VORSITZ

**Ralf Berndt**  
Vorstand  
Stuttgarter Lebensversicherung a.G.

### STELLV. VORSITZ

**Dr. Helge Lach**  
Mitglied des Vorstandes  
Deutsche Vermögensberatung AG

■ Mitglied der Geschäftsleitung:  
Dr. Holger Fricke

## Staatsfinanzen



### VORSITZ

**Patricia Lips MdB**  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

### STELLV. VORSITZ

**Dr. Carsten Lehr**  
Stellv. Vorstandsvorsitzender  
EFiS AG

■ Fachgebietsleiter:  
David Martens



## Bundesgeschäftsführung



**Wolfgang Steiger**  
Generalsekretär



**Dirk Kappenhagen**  
Bundesgeschäftsführer



**Klaus-Hubert Fugger**  
Geschäftsführer  
Presse und  
Kommunikation



**Iris Hund**  
Geschäftsführerin  
Finanzen und  
Controlling



**Simon Steinbrück**  
Geschäftsführer  
Wirtschafts- und  
Gesellschaftspolitik

## Mitglieder der Geschäftsleitung



**Dr. Holger Fricke**  
Stellv. Leiter  
Wirtschafts- und  
Gesellschaftspolitik



**Gökhan Teke**  
Leiter  
Verbandsentwicklung



## Der Wirtschaftsrat im Spiegel der Presse

**WELT**

**11. Januar 2022**

„Die kritische Sozialbilanz der Großen Koalition hängt auch der Union an und hat zu einem Verlust ihrer Wirtschafts- wie auch Sozialkompetenz geführt“, sagt der Generalsekretär Wolfgang Steiger. Die Union habe früher immer für eine **zielgerichtete, solidere und nachhaltigere Sozialpolitik** gestanden.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*

**24. März 2022**

Der Wirtschaftsrat forderte, den für Ende des Jahres geplanten **Atomausstieg** zu überdenken. „Eine mögliche Verlängerung der Laufzeit der hiesigen Kernkraftwerke muss in die energiepolitische Debatte mit einfließen“, heißt es in einem noch unveröffentlichten Positionspapier des Wirtschaftsrates „Zeitenwende in der Energiewirtschaft“.

**Handelsblatt**

**31. Mai 2022**

„Nachdem die Regierung durch die Besteuerung von Energie gerade selbst Krisengewinnlerin ist, sollte sie die Energiesteuern senken“, fordert die Präsidentin des Wirtschaftsrates, Astrid Hamker. Wir würden jetzt vor allem auf die Energiepreise sehen. Davor habe die Europäische Zentralbank (EZB) zu verantworten gehabt, dass die **Inflation** angeheizt wurde. Sie habe viel zu spät umgesteuert. „Wo kämen wir hin, wenn die Unternehmen durch Lohnsteigerungen die Versäumnisse der Politik und der EZB korrigieren müssten?“

**Handelsblatt**

**8. Juni 2022**

Die Forderung nach einer **Übergewinnsteuer** „offenbart wieder einmal, wie schnell linke Politiker Vorwände für neue Steuern finden. Offensichtlich wird dabei sogar die Aushebelung der marktwirtschaftlichen Grundordnung und des Steuersystems in Kauf genommen“. Das ordnungspolitische Instrument, das die Politik gegen Übergewinne habe, sei nicht das Steuersystem, „sondern Instrumente der Wettbewerbspolitik, um bei Monopolen und Kartellen gegenzusteuern“, betonte Wolfgang Steiger.

**Rheinische Post**

**14. Juni 2022**

„Christian Lindner verhält sich völlig richtig, wenn er ab 2023 wieder einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren will. Eine weitere Schuldenaufnahme an der **Schuldenbremse** vorbei, wäre ein politischer Irrweg, auch weil defizitfinanzierte Hilfsprogramme inflationär wirken. Dies haben die letzten beiden milliardenschweren Maßnahmenpakete eindrucksvoll bewiesen“, sagte Wolfgang Steiger.

**WELT am Sonntag**

**16. Juli 2022**

Es mehren sich Forderungen aus der Wirtschaft, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte **Freihandelsabkommen** zu schließen. Wolfgang Steiger: „Der Absturz im deutschen Außenhandel darf sich nicht perpetuieren. Es ist dringend mehr Nachdruck bei den Verhandlungen für Freihandelsabkommen nötig.“

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*

**29. Juli 2022**

Generalsekretär Wolfgang Steiger findet: „Sind Arbeitskräfte knapp, dann dürfe **Sozialpolitik** umso weniger in den alten Mustern des Verwaltens von Unterbeschäftigung verharren, die eher auf ein Stilllegen von Arbeitskraft hinauslaufen als auf deren Mobilisierung. Beispiele für Fehlentwicklungen liegen etwa in der Förderung von Kurzarbeit und der geplanten Reform der Grundsicherung Hartz IV hin zu einem neuen „Bürgergeld“.

**Cicero**

**15. August 2022**

Präsidentin Astrid Hamker schrieb in einem Gastbeitrag: „Im Kern sind alle **Quoten** ein linkes, unbürgerliches Konzept, ob in Politik oder Wirtschaft. In einem zeitgeistlichen Schwenk meinen jetzt Teile der CDU, sich durch eine Quote frauenfreundlicher trimmen zu müssen. Latent schwingt die Unterstellung mit, dass die Basis nicht genügend Frauen wählen will.“

**WELT**

**19. August 2022**

„Durch Steuern oder Pflichtbeiträge finanzierte Behörden, Anstalten oder sonstige Einrichtungen müssen sich politisch neutral verhalten“, erklärte Wolfgang Steiger. „Dies gilt besonders für **politisch motivierte Sprachverzerrungen** und vermeintlich inklusiven ‚Neusprech‘. Wenn Teile der Öffentlich-Rechtlichen nicht bereit sind, Programm für die Mitte der Gesellschaft zu machen, schaffen sie sich selbst ab“.

**Handelsblatt**

**15. September 2022**

Wolfgang Steiger sagte dem Handelsblatt, der Bundesjustizminister müsse unverzüglich handeln und die im Kern lange überfällige **Online-Registerrückunft** datenschutzkonform aufstellen. Ansonsten müssten bis zur Nachbesserung vorübergehende Zugangsbeschränkungen eingeführt werden, forderte Steiger. Es wirke, als sei der sonst häufig hinderliche Datenschutz über Nacht aufgehoben worden.

**Fuldaer Zeitung**

**3. November 2022**

Wolfgang Steiger kritisiert das von der EU beschlossene **Ende der Verbrenner-Technologie** ab 2035 und warnt vor Deindustrialisierung, Arbeitsplatzverlusten und neuen Abhängigkeiten. Mit dem von der EU beschlossenen Ende der Verbrenner-Technologie auf den Straßen Europas ab 2035 schrieben wir über einhundert Jahre Forschung und Entwicklung ab. So wirke sich das beschlossene Verbot von Neuzulassungen aus.

**BILD**

**8. November 2022**

Der einflussreiche Wirtschaftsrat hält den Vorstoß von ARD-Chef Tom Buhrow für eine Fusion von ARD und ZDF nicht für ausreichend. Nötig seien neben der Zusammenlegung der Anstalten eine „Optimierung der Personalstrukturen“ und eine „merkbare Vergünstigung“ der **Rundfunkgebühren**, mahnte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

**Wirtschaftswoche**

**25. November 2022**

Der Wirtschaftsrat fordert für Unternehmen steuerliche **Liquiditätshilfen** wie eine unbegrenzte Verrechnung von Verlusten mit früheren Gewinnen. „Die Liquidität vieler Unternehmen schmilzt massiv“, warnt Generalsekretär Wolfgang Steiger. So müssten 2023 allein 60 Milliarden Euro an Unternehmensanleihen refinanziert werden, wobei bereits Herabstufungen der Bonität der Firmen zu beobachten seien.

**Rheinische Post**

**12. Dezember 2022**

Der Wirtschaftsrat wendet sich gegen die Einführung des ab 2025 geplanten **Einwegkunststofffonds**. „Die Bekämpfung der Verwahrlosung durch Littering ist vor allem eine kommunale Aufgabe. Es kann nicht sein, dass Versagen addiert mit mangelnder Erziehung in Familien und Schulen verlagert wird“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

**Verantwortlich:**

Wolfgang Steiger, Klaus-Hubert Fugger, Simon Steinbrück

**Bearbeitung:**

Geschäftsbereich Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Geschäftsbereich Presse und Kommunikation

**Herstellung:**

Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG

**Bildnachweis:**

Titelbild: Jens Schicke; ABB / Andreas Henn (S. 17), Ameos / Aherger (S. 19), Frank Blümmler (S. 13), BMF / Photothek (S. 5), BMWK / Dominik Butzmann (S. 6), BNP Paribas Group / Gerald Schilling (S. 16), Bundesregierung / Steffen Kugler (S. 7, 8), Bundesregierung / Guido Bergmann (11), Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag / Kaminski (S. 12), Capgemini (S. 19), Ceconomy (S. 13), CDU Bundesgeschäftsstelle (S. 8), CDU Rheinland-Pfalz (S. 4), Bettina Conradi / OHB SE (S. 19), dm (S. 17), Deutsche Bank (S. 13), E.ON (S. 16), EPP / Lahousse (S. 10), FDP (S. 8, 9), Fraport AG (S. 13), Ulrich Gunka (S. 18), H & R GmbH & Co. KG (S. 18), HiSolutions AG (S. 18), Nell Killius (S. 13), Dirk Koch (S. 13), Tobias Koch (S. 4, 6, 7, 10, 11), Maximilian König (S. 5), KPMG (S. 17), Christian Kruppa (S. 3-22), Mercedes Benz Group AG (S. 13), Hans Christian Plambeck (S. 3-22), Pflegen und Wohnen GmbH (S. 20), PwC (S. 15), Steffen Prößdorf - CC BY-SA 4.0 (S. 20), Selina Pfrüner / LEG (S. 16), privat (S. 13, 15, 18, 20, 21, 19), Quirin Privatbank AG (S. 18), Rethmann SE & Co. KG (S. 18), SAP SE (S. 13, 17), Jens Schicke (S. 3-22), Schwarz Gruppe (S. 17), Stuttgarter Lebensversicherung a. G. (S. 20), Vaillant (S. 16), Union Asset Management Holding AG (S. 16), Vodafone GmbH (S. 19), Walter Eucken Institut (S. 15), ZF (S. 15)

**Stand:**

Dezember 2022



Wirtschaftsrat der CDU e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
Luisenstraße 44 | 10117 Berlin  
TELEFON 030 . 2 40 87 – 0  
TELEFAX 030 . 2 40 87 – 4 05  
INTERNET [www.wirtschaftsrat.de](http://www.wirtschaftsrat.de)  
EMAIL [info@wirtschaftsrat.de](mailto:info@wirtschaftsrat.de)